

Fragen an die Politik zur „sicheren Rente“ und:

VEREINBARKEIT VON **familie** UND BERUF

*Schafft es die Politik angesichts der digitalen Transformation und sich rapide ändernder Lebens- und Arbeitszeitmodelle, humane Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen? Wie lassen sich Familie und Beruf besser vereinbaren und wie kann eine Rentenversicherung solide finanziert werden? **zeitgeist** sprach im Vorfeld der Bundestagswahl mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie der Parteivorsitzenden der Linken.*



// Die Politik muss Antworten auf die Frage geben, wie die gesetzliche Rente sicher gemacht werden soll.

Die politische Diskussion über eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein Dauerbrenner. Doch eine echte Reform des bisherigen Systems gab es in den letzten Jahrzehnten nicht, allenfalls kleinere Korrekturen. Zuletzt preschte die Deutsche Bundesbank zur Sicherung des gesetzlichen Rentensystems mit dem Vorschlag vor, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben. Mit dem Eintritt der Babyboomer-Generation und damit der geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenbezugsalter werden diese Diskussionen noch stärker befeuert und weitere Fragen aufgeworfen: Wie lässt sich der Demografiewandel in Deutschland erfolgreich vollziehen? Wer wird die (Fachkräfte-)Stellen nach deren Ausscheiden aus dem Arbeitsleben besetzen? Wie soll eine solidarische Finanzierung des Rentensystems funktionieren, wenn es immer weniger junge Menschen und Beitragszahler gibt?



// Lehnt eine Verlängerung der Arbeitszeit bis 70 ab: Christian Lange von der SPD.



„Wie lässt sich der Demografiewandel in Deutschland erfolgreich vollziehen?“

Klaus Peter Betz

Die aktuelle Politik antwortet auf diese Fragen stereotyp mit dem Begriff der „doppelten Haltelinie“ und der Zusicherung, dass „die gesetzliche Rente sicher“ sei. Die doppelte Haltelinie meint, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent des durchschnittlichen Lebenseinkommens fallen und der monatliche Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen dürfe. Fakt ist aber, dass schon heute die gesetzliche Rente allein aus ihren Beiträgen nicht mehr zu finanzieren ist – und damit die Sicherheit des Systems zumindest infrage gestellt werden kann. Denn ohne massive Steuersubventionen sind beide Linien nicht mehr zu halten. Knapp 100 Milliarden Euro oder drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland (laut Steuereinnahmen) benötigt die gesetzliche Rentenversicherung derzeit jedes Jahr, um Anspruchsberechtigten ihre gesetzliche Rente auszahlen zu können.

Wäre es da nicht an der Zeit, das System insgesamt auf den Prüfstand zu stellen? Muss sich die Politik nicht noch viel mehr als bislang um die vielen verschiedenen Lebensplanungen der Bürgerinnen und Bürger kümmern, um sie in ein modernes, sprich zeitgemäßes Arbeitnehmerrecht gießen zu können? Welche Aspekte spielen dabei Lebensarbeitszeitkonten? Wir haben diese Fragen an Abgeordnete im Deutschen Bundestag und an eine Parteivorsitzende gestellt und dazu teilweise sehr unterschiedliche Antworten erhalten. ►



// Deutschland schaut in Sachen Rentensystem zu den europäischen Nachbarn. Vielleicht doch ein Fonds nach dem Vorbild Norwegens?



„Früher oder später wird sich auch das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, denn eines wird nicht gehen: erst spät ins Arbeitsleben eintreten, länger leben – und das Renteneintrittsalter unangetastet lassen und immer länger Rente beziehen.“

Norbert Barthle



Norbert Barthle, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

„Es ist sicher richtig und wichtig, dass wir auch über die Rente mit 70 diskutieren. Denn jeder Vorschlag bringt neue Erkenntnisse. Aber ganz grundsätzlich bin ich gegen starre Regelungen, sondern glaube, dass die Zukunft flexiblen Lösungen gehören wird.“ Norbert Barthle hält das Früher-in-Rente-Gehen mit Abschlägen für genauso möglich wie das Länger-Arbeiten, „wenn man Spaß an seiner Aufgabe hat“. Früher oder später werde sich auch das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, „denn eines wird nicht gehen: erst spät ins Arbeitsleben eintreten, länger leben – und das Renteneintrittsalter unangetastet lassen und immer länger Rente beziehen. Gegen Adam Riese kommt man mit Ideologie nicht an“, so Barthle.

Ausdrücklich sieht er in Lebensarbeitszeitkonten einen Baustein, um mehr Flexibilität in das System zu bekommen. Aber wie kann angesichts der Digitalisierung und des demografischen Wandels ein Generationenkonflikt zwischen der jungen Generation, den Beitragszahlern und den Rentnern und Pensionären vermieden werden? Norbert Barthle nennt hier zwei Aspekte: Zum einen

müsse die Phrase vom „lebenslangen Lernen“ als Realität anerkannt werden. „Wir müssen alle ‚up to date‘ bleiben. Die Digitalisierung geht uns privat wie beruflich an.“ Und mit Bezug auf die demografische Entwicklung sagt der Abgeordnete: „Bis 2030 wird das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland um sechs Millionen sinken. Es wird deshalb im ureigenen Interesse der Unternehmen sein, ihre Arbeitnehmer so lange und so gesund wie möglich an ihrem Arbeitsplatz zu halten. Gesundheitsförderung und kontinuierliche Weiterbildung werden an Bedeutung zunehmen. Insbesondere die Tarifparteien sollten auch darauf achten, das vorhandene Potenzial an Erwerbstätigen weiter zu vergrößern; ich denke hier an Menschen mit Migrationshintergrund, gering Qualifizierte und Frauen, die passendere Modelle für die jeweilige Lebenssituation (Familie und Beruf) brauchen.“

Seit 1998 hätte es sich bewährt, geleistete Arbeitszeit in einem besonderen Wertguthaben anzusammeln und zu einem späteren Zeitpunkt zur mittel- oder sogar längerfristigen Freistellung von der Arbeitszeit einzusetzen. „Konkret wollen wir das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen“, sagt Barthle. Auch sollten Eltern an-

gesparte Zeiten einsetzen können, um in der Familienphase ohne finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten. „Daneben sollen staatliche Fördermittel auf Familienzeitkonten gebucht werden können.“





„Wir würden es aber begrüßen, Langzeitkonten einzurichten und damit das persönliche Zeitkonto zu einem ‚Chancenkonto‘ weiterzuentwickeln.“ Damit spricht Lange auch die Tarifparteien an, die ja vertraglich ein solches Konto schon jetzt einrichten könnten. „Das von uns in die Diskussion gebrachte Chancenkonto würde durch den Staat eingerichtet werden, wäre auf jeden Arbeitsplatz übertragbar und würde die verschiedenen Lebensphasen und Lebensmodelle berücksichtigen. Das ist sicher die Zukunft und das schafft auch attraktive Arbeitgeber“, meint Lange.

Lebenslanges Lernen sieht auch Lange als „elementar“ an. Die Volkshochschulen wären dafür der ideale Ort, um dies in der Gesellschaft breit verankert zu bekommen. „Dafür wäre auch ein Bundesförderprogramm auflegbar. Denn Bildungspolitik ist bekanntlich Ländersache.“ Mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe die SPD klare Vorstellungen: „Wir fordern ein Recht auf Homeoffice, damit verbunden auch ein Recht auf Nichterreichbarkeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Zeitkonto für alle Beschäftigten sowie ein Recht auf Brückenzeit.“ Schließlich müssten Beschäftigungsverhältnisse arbeitsrechtlich so ausgestaltet werden, dass bei einer Reduzierung der Arbeitszeit (bedingt durch familiäre Angelegenheiten) nicht die Teilzeitfalle zuschnappe. „Wir brauchen in der Summe ein modernes Arbeitnehmerrecht“, bringt es der Parlamentarische Staatssekretär auf den Punkt. ▶



Christian Lange, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

„Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 ist der falsche Weg“, sagt der SPD-Abgeordnete Christian Lange. Seiner Partei gehe es um die „Anerkennung von Lebensleistung“ einerseits sowie eine „Sicherheit im Alter“ andererseits. Im Übrigen hätte die Bundesrepublik Deutschland aktuell mit über 40 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine erfreuliche Rekordzahl zu vermelden. „Das sind natürlich alles auch Beitragszahler in die Rentenversicherung und die wollen wir ja schließlich haben.“ Die „doppelte Haltelinie“ sieht Lange als gesetzt und steht zu der zu schließenden Finanzierungslücke durch Steuergelder. „Das ist auch kein Kampf der Generationen, weil die Steuergelder ja so zustande kommen, dass höhere Einkommen stärker belastet werden.“

Lebensarbeitszeitkonten seien unter der Regierung Gerhard Schröder ins Leben gerufen worden. „Wir wollten und wir haben den Arbeitsmarkt mit diesen und anderen Modellen in den letzten Jahrzehnten deutlich flexibilisiert. Diese Errungenschaften dürfen wir nicht leichtfertig zur Disposition stellen, sondern müssen sie der Zeit anpassen“, sagt Lange. Die gesetzliche Rente sehe er nach wie vor als zentrales Moment.

„Wir würden es aber begrüßen, Langzeitkonten einzurichten und damit das persönliche Zeitkonto zu einem ‚Chancenkonto‘ weiterzuentwickeln.“

Christian Lange



FRAGEN AN DIE POLITIK ZUR „SICHEREN RENTE“ UND:



**Freie
Demokraten**
FDP

Dr. Hermann Otto Solms, MdB, ehemaliger Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und ehemaliger Vizepräsident der Deutschen Bundestages

„Starre Regelungen der Tagesarbeitszeit sind überholt. Die Wirtschaft benötigt flexible und individuelle Arbeitszeitmodelle“, sagt der ehemalige Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Hermann Otto Solms. Wie sein Abgeordnetenkollege Barthle plädiert auch

Dr. Solms für einen flexiblen Renteneintritt. „Wir sollten die Menschen freier und freiwillig entscheiden lassen, wann sie in Rente gehen wollen. Wir müssen uns von überholtem Denken und von Fesseln befreien.“ Flexibilität und das Abräumen von immer neuen politischen Vorgaben seien für ihn und seine Partei das Gebot der Stunde.

„Lebensarbeitszeitkonten sind eine hervorragende Erfindung, haben sich bewährt und bieten genau jenes notwendige Maß an Flexibilität für die Arbeitszeit- wie Lebensplanung der Menschen“, sagt Dr. Solms. Das gehe ja auch alle Menschen gleichermaßen an, ganz gleich ob Angestellte, Selbstständige oder auch Abgeordnete. „Ab dem 60. Lebensjahr sollte jeder freiwillig in Rente gehen können und sich dabei aber einen Zuverdienst in unbegrenzter Höhe erarbeiten können.“ Dafür plädiert der FDP-Politiker und bringt eine völlig neue Komponente ins System der Rentenfinanzierung: die Aktienrente. Die FDP möchte etwa zwei bis drei Beitragspunkte der aktuell 18 Prozent, die paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt werden, in einen Aktienfonds abgeführt wissen. „Die Schweden machen uns das seit Jahren vor und sie erwirtschaften für ihr Rentensystem eine deutlich höhere Rendite“, sagt Dr. Solms und fügt hinzu: „Es muss aber Bedingung sein, dass dieser Staatsfonds von Anlagespezialisten gemanagt wird.“ Sicher spricht aus diesen Überlegungen der gelernte Bankkaufmann und studierte Diplom-Ökonom.

„Wir verfolgen damit die Idee, in die staatliche Rente ein kapitalgedecktes Element einzubringen. Dabei wollen wir die Umlagefinanzierung ja nicht aufgeben, sondern nur einen kleineren Anteil des Geldes der Beitragszahler für diese gewinnbringender anlegen.“ Und da er schon beim Thema „Systemveränderung“ ist, spricht Dr. Solms auch deutlich die Notwendigkeit eines modernen Zuwanderungsgesetzes an. „Den Fachkräftemangel werden wir ohne gezielte und gesteuerte Migration nicht bewältigen können.“ Erfreulich findet der Parlamentarier, dass immer mehr Frauen auch mit Kindern selbstbewusst ins Berufsleben drängen würden. Für sie und ihre Familien müsste die Kinderbetreuung steuerlich vollständig abzugsfähig gemacht werden. Ebenso sollten Kitas in Betrieben steuerlich begünstigt werden. „Und natürlich benötigen die Familien und vor allem Alleinerziehende flexible Betreuungszeiten.“

„Lebensarbeitszeitkonten sind eine hervorragende Erfindung, haben sich bewährt und bieten genau jenes notwendige Maß an Flexibilität für die Arbeitszeit- wie Lebensplanung der Menschen.“

Dr. Hermann Otto Solms





Margit Stumpp, MdB

Für Margit Stumpp hat die „doppelte Haltelinie“ zwar Bestand, „aber wir müssen insgesamt in unseren Überlegungen flexibler werden“. Für viele Menschen sei die Rente mit 67 schon zu spät. „Sie nehmen bewusst Abschlüsse in Kauf, um früher in Rente gehen zu können“, sagt die Abgeordnete. Die Finanzierung der gesetzlichen Rente nachhaltig zu organisieren, sei ihr und ihrer Partei ein großes Anliegen. „Perspektivisch sollten wir die Selbstständigen und die Berufspolitiker auch in dieses System aufnehmen, das ist eine Möglichkeit, die Anzahl der Beitragszahler zu vergrößern.“ Doch das allein sei nicht die Lösung. Bündnis 90/Die Grünen wollen einen Bürgerfonds zur Ergänzung des bestehenden Rentensystems gründen.

Margit Stumpp zitiert aus dem Programm ihrer Partei: „Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen.“ Aber was konkret will der Bürger:innenfonds? In diesen sollen alle einzahlen, „die nicht aktiv widersprechen“. Beitragszahlen werden nicht genannt, weil deren Höhe jedem freigestellt bleiben sollen. „Wir wollen damit die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten Fonds ersetzen“, sagt Stumpp. „Dieses zusätzliche Finanzierungsinstrument darf man nicht



wieder den Versicherungsgesellschaften überlassen.“ Diese hätten bei den Riester- und Rürup-Modellen viel Geld verdient. „Bei den Beitragszahlern kam davon leider nicht so viel an.“ Die Fonds-Überlegungen beziehen auch ganz gezielt die Sorgen und Nöte vieler

zweier Kinder und von Beruf Ingenieurin, weiß, wovon sie spricht, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. „Zeitsouveränität einerseits und die Dokumentation der geleisteten Arbeitszeit andererseits in der modernen Welt zueinander zu bringen, das ist die große Herausforderung.“ Die Abgeordnete ist sich aber sicher, dass das möglich ist, und plädiert ebenso für ein Recht auf Homeoffice. „Die Betreuung der Kinder muss dabei gesichert sein. Deshalb wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten, pro Elternteil acht Monate, weitere acht können flexibel aufgeteilt werden.“



„Zeitsouveränität einerseits und die Dokumentation der geleisteten Arbeitszeit andererseits in der modernen Welt zueinander zu bringen, das ist die große Herausforderung.“

Margit Stumpp

Selbstständiger ein, die bislang keine oder nur eine unzureichende Altersvorsorge getroffen haben. „Um es kleinen Unternehmen einfacher zu machen, auch eine betriebliche Altersvorsorge anbieten zu können, wollen wir die reine Beitragsgarantie für kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine bessere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen.“ Margit Stumpp, selbst Mutter

Die Modernisierung des Arbeitsrechts steht auch für Margit Stumpp weit oben auf der Agenda. „Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Teilzeit und damit verbunden das Rückkehrrecht auf Vollzeit.“ Zugleich möchte Stumpp die Bildungsgerechtigkeit dadurch gefördert wissen, dass auch für Einfacharbeitsplätze ein Recht auf Weiterbildung eingeräumt werde. Stumpp redet dabei einer „grünen Arbeitsversicherung“ das Wort, die die Arbeitslosenversicherung ablösen und mehr präventiv tätig werden solle. „Ich würde es begrüßen, wenn die Bundesagentur für Arbeit zur Weiterqualifizierung der Menschen mit den Bildungsträgern, u. a. auch mit den Volkshochschulen, zusammenarbeiten würde“, so die Abgeordnete. ▶



In einer „deutlichen Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich“ sieht Janine Wissler einen Schlüssel, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. „Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf um die 30 Stunden pro Woche ist daher ein Weg, bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen und mehr Zeit für die Familie zu haben. Deshalb wollen wir ein Recht auf Wahlarbeitszeit, über das Beschäftigte ihr Arbeitsleben an die Bedürfnisse ihrer verschiedenen Lebensphasen anpassen können.“ Teilzeitkräfte sollten zudem ein Recht auf Vollzeiterhöhung bekommen. Den Personal- und Fachkräftemangel in vielen Branchen sieht Wissler als „häufig hausgemacht“.

„Im Pflegebereich haben viele den Beruf aufgegeben, weil die Arbeitsbelastung zu hoch ist und die Gehälter zu niedrig sind.“

Janine Wissler

DIE LINKE.

Janine Wissler, MdL, Parteivorsitzende

Die Rente mit 70 lehnt die Parteivorsitzende der Linken, Janine Wissler, rundweg ab. „Die deutsche Wirtschaftskraft wächst von Jahr zu Jahr, aus diesen steigenden Erträgen können auskömmliche Renten für alle Beschäftigten finanziert werden.“ Das sei keine demografische Frage, sondern eine Frage nach der Verteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts. Deshalb setze sich ihre Partei für eine „Erwerbstätigenversicherung“ ein, die auch Selbstständige, Beamte und Politiker einbeziehe, „mit einer deutlich angehobenen Beitragsbemessungsgrenze, sodass sich auch hohe Einkommen an der Finanzierung der Rente beteiligen“, so Wissler. Alle Umfragen würden zeigen, dass Beschäftigte bereit seien, etwas höhere Beiträge zur Rentenversicherung zu zahlen, um eine gute Absicherung im Alter zu sichern.

Lebensarbeitszeitmodellen als Brücke zwischen Arbeiten und Rente erteilt Janine Wissler eine Absage. „Die Altersteilzeit ist die bestehende Brücke. Insbesondere wenn die gesetzlichen Regelungen tarifvertraglich flankiert werden, genießt diese ‚klassische‘ Brücke eine hohe Akzeptanz. Solche tarifvertraglichen Regelungen müssen gestärkt werden“, sagt die hessische Landtagsabgeordnete und fordert die „Wiederherstellung der Berufsunfähigkeitsrenten“. Für die Arbeitswelt sieht Wissler viel Handlungsbedarf. „Unternehmen müssen

altersgerechte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Wir müssen das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten bei der Arbeitsgestaltung erweitern und endlich eine Anti-Stress-Verordnung umsetzen.“ Zudem sei ein Initiativrecht für Betriebsräte bei betrieblicher Qualifizierung vonnöten.

Im Pflegebereich hätten viele den Beruf aufgegeben, weil die Arbeitsbelastung zu hoch sei und die Gehälter zu niedrig seien. „Deshalb streiten wir zusammen mit den Gewerkschaften und Beschäftigten um ein um 500 Euro höheres Grundgehalt in der Pflege.“ Das helfe auch gegen den Personalmangel, ist sich Wissler sicher.



LEBENSARBEITSZEITKONTEN: DIE FLEXIBELSTE ART, SICH FREIRÄUME ZU SCHAFFEN

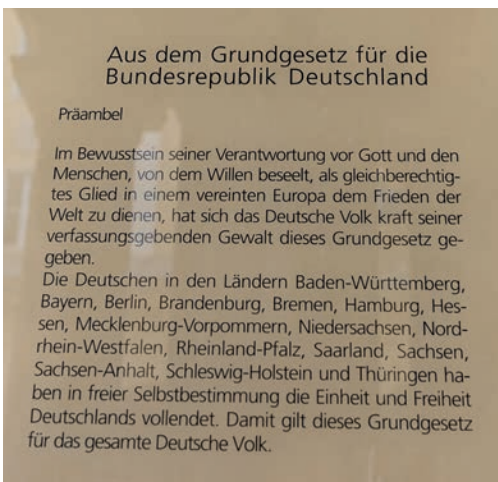
Ganz gleich, ob Aktienrente, Bürgerfonds oder Generationenrente, wie sie die Union nun vorschlägt – fast alle Parteien wollen die gesetzliche Rente mithilfe von kapitalgedeckten Zusatzmodellen stärken. Der Effekt davon könnte sein, dass dadurch die eingezahlten Beiträge ein höherer Ertrag erwirtschaftet und damit die Steuerzahler (die ja auch in hoher Deckungsgleichheit Beitragszahler sind) entlastet würden, weil die Steuersubventionen für die gesetzliche Rente etwas geringer ausfallen würde.

Für diejenigen der Babyboomer-Generation, die für sich entschieden haben, ohne Abstriche früher in Rente gehen zu wollen, hat das allerdings keine Auswirkungen. Ihnen bleibt weiterhin nur die private Vorsorge oder eben ein Lebensarbeitszeitkonto, das sie in Abstimmung mit ihrem Arbeitgeber einrichten und besparen. Denn Fakt ist, dass 1966 Geborene (das war der letzte Babyboomer-Jahrgang vor dem Pilenknick) offiziell noch rund zwölf Jahre bis zu ihrem gesetzlichen Rentenanspruch arbeiten müssen. Wür-

de jemand im Alter von 55 Jahren heute beginnen, bei einem Gehalt von 2.500 Euro auf 200 Euro monatlich brutto zu verzichten, beliefe sich dessen Nettolohnverzicht auf 108,39 Euro, aber mit dem Effekt, dass diese Person elf Monate früher – ohne Abschläge – in Rente gehen könnte. Damit sind und bleiben Lebensarbeitszeitkonten aktuell für alle Altersklassen die flexibelste und einzigartigste Möglichkeit, für sich persönlich in den verschiedensten Lebensphasen zeitliche Freiräume zu schaffen.



// Ziehen künftig wenigstens vier im Bundestag vertretene Parteien bei der Rente an einem Strang?



// Der Einheit des Deutschen Volkes verpflichtet – ein neues Rentensystem muss diesem Anspruch gerecht werden.



// Der Wind über dem Deutschen Bundestag in Sachen Rente-sicher-Machen könnte in den kommenden Jahren rauer werden.